

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der ungesühnte Mord.

Ein Jahr nach Matteottis Tod.

Rom, Anfang Juni 1925.

Schon ein Jahr ist es her, und noch hat die Tat keine Sühne gefunden, noch lasten auf Italien dieselben Methoden und dieselben Menschen, die bei der Ermordung Matteottis die Mörder gedungen und den Plan entworfen haben.

Jeder Faschist wird uns auseinandersetzen, daß es zwecklos, völlig zwecklos ist, daß der Gedanke keine Maschinengewehre hat, daß Freiheit Brot bringt und Ueberzeugung Hunger, daß Matteotti tot ist und seine Mörder leben, daß es verboten ist, das Andenken unseres Genossen zu ehren, während der Ruf „Es lebe Dumin!“ vom Generaldirektor der faschistischen Partei selbst zum Motto vorgeschlagen wurde.

Was hat uns die Ermordung Matteottis enthüllt, feierlich und grotesk, erhaben und gemein? Das es in unserer platten, flachen, miserablen Zeit noch Menschen gibt, die sich für ihre Ueberzeugung töten lassen, nicht im Kaufe des Schlachtfeldes, nicht in der Exaltation der großen Stunde, sondern in fühler, bewusster Erfüllung einer selbstgesteckten Pflicht.

Aber gleichzeitig hat sich uns der Wille enthüllt, der diese Tat als Mittel zu seinem Zweck ansah, als solche vorbereitete und ausführte. Wer sich in jene Junitage des vorigen Jahres zurückergehen kann, der wird die jähe Gräßlichkeit dieser Enthüllung wieder empfinden, den mürgenden Ekel, der alles ergriff, was im Lande gesund und lebenswert war.

Will man nun etwa heute sagen, daß das Beispiel des Bekennertodes nicht gefruchtet hat? Wer kann es nachrechnen, was Matteotti an sittlicher Forderung bedeutet, die die Stunde eintreiben wird? Es wäre für das herrschende Regime sehr bequeme, wenn sich die waffenlose Opposition seinen Handgranaten und Panzerautos entgegenstellte: die faschistischen Anforderungen dazu fehlen nicht, und man ist gemein genug, sich dabei auf Matteottis Opferdort zu berufen.

Aber glaubt man etwa, eine Tat wie die Ermordung Matteottis sei damit abgetan, daß sie nicht sofort die Kräfte zum Sturz des Regimes auslöste, das an dem Verbrechen schuldig war? Sie zieht weitere Kreise. Aller moralische Ekel des Landes hat freilich nicht die Vernichtungskraft eines einzigen Maschinengewehres, aber das moralische Sichabkehren eines ganzen Landes von seiner Regierung hat trotzdem Folgen, denen sich keine herrschende Clique auf die Dauer entziehen kann.

Seit der Ermordung Matteottis lebt der Faschismus im Bewußtsein seiner moralischen Minderwertigkeit. Was bedeutet denn dieses ganze Abwürgen der parlamentarischen Kritik, der Kontrolle der Presse, des freien Gedankens, der freien Forschung, was anderes als die Unmöglichkeit des Faschismus, Kritik, Kontrolle, Gedanken und Forschung zu ertragen? Regierungstechnisch betrachtet mag es ein Kunststück sein, mit jeder öffentlichen Kritik, mit Versammlungs- und Vereinsrecht, mit der Unabsehbarkeit der Richter, der Freiheit der Hochschulen, der Würde der Beamtenschaft aufzuräumen,

die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz aufzuheben. Das wahre Kunststück wäre aber, ohne diese Dinge auch wirklich zu regieren. In ihrer umfassenden Umbildung halten die faschistischen Führer alle Postulate der Demokratie nur für ideologischen Firlefanz. Sie begreifen es nicht, daß Kontrolle und Kritik der Bürger im modernen Staate eine lebenswichtige Funktion haben, um so wichtiger, je kontrollbedürftiger die an leitenden Stellen stehenden Menschen sind.

Trotz der heutigen Uebermacht des Faschismus, der durch ein offizielles Telegraphenbureau seine Abgeordneten nach Rom beordern kann, mit der ausdrücklichen Begründung, die Ehrung Matteottis zu fördern, zeigt gerade die heutige Sachlage die hohe Bedeutung ideeller Faktoren. Als sittliche Kraft fürchtete der Faschismus Matteotti, als solche hat er ihn beseitigt, in dem Wahne, durch Schergen sittliche Werte aus der Welt zu schaffen. Die Tat glückte „technisch“, genau wie heute die Behauptung der Regierung „technisch“ glückt, aber sie lehrte das moralische Empfinden

des ganzen Landes gegen seine Regierung. Was dieser heute geliebt ist, ist ein Bodensatz moralischen Abfalls. Der kann sich des Staates bedienen, aber er dient nicht dem Staate. Und wie die Ideen leben durch die Menschen, die für sie sterben, so herrscht der Staat durch die, die ihm dienen. Diese Wahrheit setzt sich nicht so schnell durch, wie man ein Maschinengewehr entläßt. Sie mag Jahre gebrauchen. Aber alle Maschinengewehre der Welt werden an ihr zerschanden werden!

Verhinderung einer Matteotti-Gedenkfeier.

Die oppositionellen Gruppen der italienischen Deputiertenkammer hatten eine Gedenkfeier für Matteotti am 10. Juni in einem Saale des Parlaments geplant. Der faschistische Kammerpräsident verweigerte die Hergabe des Saales mit der Begründung, daß am gleichen Tage die Faschisten in einem anderen Saale eine eigene Veranstaltung beabsichtigten. Wegen der Gefahr von Zusammenstößen lehnte er für beide Veranstaltungen die Genehmigung ab. Die Regierung hat sein Vorgehen gebilligt. Die Oppositionsparteien haben bisher vergebens protestiert und haben um eine Audienz beim König ersucht. Ob sie empfangen wird, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt.

Die Vorwürfe der Kontrollkommission.

In der Hauptsache Kleinkram. — Eine deutsche Gegendarstellung.

Der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission für die Entwaffnung Deutschlands, auf den die Nichträumung der Kölner Zone zum vertragmäßigen Zeitpunkt und die neuen Forderungen der Entente gestützt werden, ist im Auszug von der französischen Regierung veröffentlicht worden. Dieser Auszug enthält im wesentlichen das folgende:

Der Bericht erinnert daran, daß die Kontrollkommission ihre Arbeiten vom Dezember 1923 während der gesamten Ruhrbesetzung bis zum Ende des passiven Widerstandes eingestellt hatte. Die Generalinspektion habe vom 8. September 1924 bis zum 25. Januar 1925 gedauert. Während die Kontrollkommission ohne Schwierigkeiten von der Polizei, den Fabriken und den Zivilbehörden aufgenommen worden sei, habe sie den

lebensvollsten Widerstand bei den Militärbehörden

gefunden. Die Militärbehörden hätten sich bis Ende Oktober geweigert, zuzugeben, daß die Kommission die Ueberprüfung auch auf die Vergangenheit erstreckte, so daß jede Möglichkeit zu Vergleichungen ausgeschlossen gewesen sei. Sie hätten sich bereit erklärt, auf Fragen zu antworten, aber sich oft geweigert, die unerlässlichen Dokumente mitzuteilen, oder sie hätten ihre Vorhandensein abgelehnt. Am 25. September habe die Kommission schließlich das Recht erlangt, die nötigen Dokumente einzusehen. Die Arbeit sei dann durch die Prüfung des Materials wesentlich erleichtert worden, aber hinsichtlich der effektiven Bestände und der Rekrutierungen habe die Obstruktion der Militärbehörden bis zum Ende der Generalinspektion andauert. Die Militärbehörden hätten erklärt, daß sie zu entscheiden hätten, welche Dokumente nötig seien, trotz des Verfalls Artikels 228.

Die deutsche Regierung habe ebenfalls erklärt, daß die Kontrollkommission nicht Kenntnis nehmen könne von dem vollständigen Aktenmaterial, sondern daß sie im voraus die Dokumente mit Nummern und Datum bezeichnen müsse, die sie einsehen wolle. Die deutschen Behörden würden dann feststellen, ob das Dokument noch vorhanden sei oder nicht. Obwohl eine solche Auslegung die Rechte der Kontrollkommission in unangenehmer Weise beschränkt habe, habe diese sich zu zwei Versuchen verstanden. Bei dem ersten habe sie sich erboten, ausdrücklich seine Dokumente zu bestimmen und sich mit der Verifizierung seines Vorhandenseins zu begnügen unter der Bedingung, daß diese Nachprüfung von Kontrolloffizieren vorgenommen werde. Die deutsche Behörde habe sich geweigert. Bei dem zweiten Versuch hätten die Kontrolloffiziere ein Dokument nach Nummer und Datum bestimmt. Dies sei ihnen vorgelegt worden, aber sie hätten kaum damit begonnen, es durchzusehen, als man es ihnen wieder entzogen habe. Trotzdem seien ihnen zahlreiche Dokumente vorgelegt worden, aber oft habe es den Anschein gehabt, als seien sie geändert und gewisse Stellen seien offensichtlich jüngsten Datums gewesen. Viele Bücher neueren Datums hätten keine Andeutung darüber enthalten, was sich während der Unterbrechung der Kontrolle abgespielt habe, und die vorausgegangenen Bücher, hätte man erklärt, seien schon zerstört. Sehr oft seien die Dokumente mit Verspätung vorgelegt worden. Manchmal habe man sogar den Zutritt zu den Lokalen verboten. Bei den Küstenbatterien hätten sich Behörden geweigert, die Kontrollkommission an Ort und Stelle den Umfang gewisser betonierter Anlagen nachprüfen zu lassen.

Bei einem unvorhergesehenen Besuch, wie z. B. am 20. Dezember in Potsdam

in den Stellungen, die der Kavallerie des 4. Kavallerieregiments benachbart seien, hätten die Offiziere vergeblich acht Stunden warten müssen, bis sie in das Lokal hätten eindringen können, da es angeblich an eine Person vermietet gewesen sei, die man den ganzen Tag nicht habe aussindeln können, obwohl das Kriegsmaterial von außen sichtbar gewesen sei. Um zu verhindern, daß die Läre gesprengt würde, sei man so weit gegangen, zu behaupten, wenn man diese Sprengung vornehme, würde automatisch eine Explosion erfolgen. Es sei schließlich

bedenklich, daß unter der Beaufsichtigung des Hochrats gegen die Verfasser gewisser Presseartikel, die Verfehlungen am Vertragsfesthalten, Strafverfahren eingeleitet worden seien, und daß schwere Verurteilungen erfolgt seien, während die Vereinigungen, die eine gegen den Vertrag verstoßende Tätigkeit ausgeübt hätten, die Nachsicht der Behörden gefunden hätten. In erster Linie müsse man aber die militärische Vorbereitung der Jugend und das Vorhandensein von starker Bewaffnung mit Kriegsmaterial nennen. Der Bericht

geht alsdann dazu über, die Ergebnisse der Generalinspektion in drei Rubriken zu bezeichnen.

Kapitel I: Bewaffnung.

Deutschland habe seine Kriegsmaterialfabrikation, ohne Genehmigung und ohne die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt zu haben, wieder aufgenommen, und zwar nicht nur von Munition und Erschließung, sondern auch Waffen und Elementen von Kriegswaffen, Explosivstoffen und verbotenen Mitteln zum Schutze gegen Giftgase (!). Zahlreiche vorgeschriebene Benutzungen seien noch in den privaten Fabriken durchzuführen, und in den Staatsbetrieben sei die vorgeschriebene Herabsetzung nicht ausgeführt worden. In den Deutschen Werken in Spandau, Pippstadt und Ingolstadt habe man eine Verstärkung der Industrieeinrichtungen festgestellt können. Deutschland sei in der Lage, rasch zu fabrizieren und in Massen Kriegsmaterial herzustellen. Wenn man nicht nur die Herstellungsfähigkeit, sondern auch die vorhandenen Einrichtungen ins Auge fälle, müsse man die Ausrüstung und die Reserven der Reichswehr und der Polizei prüfen, sowie

die geheimen Depots, also die Bewaffnung der Verbände. Neben den zugestandenem vorhandenen Vorräten, habe die Kommission geheime Vorräte entdeckt, z. B. in der Fabrik der Deutschen Waffen- und Munitionswerte in Wittena u 113 Kanonenläufe, 17 000 Maschinengewehrrohre, 17 000 halbfertige Kanonenrohre und 10 000 Rohre für 9-Millimeter-Gewehre. Man habe Hunderte von Kästen entdeckt, in denen Material für die Herstellung von Kriegswaffen verpackt gewesen sei. Das seien nur Beispiele dafür, was die Kontrollkommission gefunden habe; es sei wahrscheinlich, daß sie oft an ähnlichen Lagern vorübergegangen sei. Vor der Einstellung der Kontrolle im September 1922 sei angeblich die Zivilbevölkerung vollkommen entwaffnet gewesen. Nach Auskünften, die von der deutschen Regierung selbst geliefert wurden, sei jedoch die Entwaffnung noch nicht vollständig beendet. In Bayern namentlich habe man während der Unruhen von 1923 einen Teil der Maschinengewehre, aber keine Kanonen beschlagnahmten können, während im November 1923 Artillerieformationen an dem Staatsreich teilgenommen hätten. Die Lager an Waffen und Munition in Deutschland seien mindestens auf der Höhe des Jahres 1922 geblieben, wo sie größer gewesen seien als die genehmigten Bestände. Die Vorräte seien sogar noch verstärkt worden, wie die Entdeckung geheimer Lager beweise. Die deutsche Regierung zeige schlechten Willen, denn sie habe nicht die beiden Gesetze annehmen lassen, die die Alliierten gefordert hätten, um die unbegrenzte Fabrikation von Kriegsmaterial zu verhindern; das Gesetz, das die Fabrikation und die Ausfuhr von Waffen, Munition und sonstigem Kriegsmaterial verbiete, und das Gesetz über den Handel und die ungesegelte Fabrikation von Kriegsmaterial.

Kapitel II: Effektivbestände.

Die Reichswehr sei in völligem Widerspruch mit dem Friedensvertrag kein Heer von Freiwilligen, sondern eine Adressarmee. Während der Unterbrechung der Kontrolle sei die Gliederung der Formationen und Kriegsvorbereitung sehr reger weiter betrieben worden. Ueberall habe die Reichswehr enge Beziehungen zu dem ehemaligen Heere unterhalten, mit dem sie sich durch Schaffung von Traditionseinheiten verbunden habe, sowie ferner durch die alte Landwehrorganisation und dadurch, daß die Verwaltungsorgane der Friedenszeit beibehalten wurden. Entgegen dem Friedensvertrage bestehe immer noch eine Heeresleitung und ein Generalstab. Verbotswidrig habe die Infanterie Infanteriekolonnen, die Kavallerie schwere Maschinengewehre in jedem Regiment, die Artillerie schwere Feldgeschütze und Feuerleitung durch Flugzeuge, der Train die Personal-Ausbildung durch Übungen bei der Artillerie, die die Schlagkraft der Waffe erhöhen, ferner auf Automobilen montierte Maschinengewehre. Schließlich sei die militärische Organisation der Eisenbahn die alte, was nur für ein Volksheer in Frage kommen könne, aber nicht für ein kleines Berufsheer von 100 000 Mann. Die Effektivbestände überschritten die genehmigte Zahl nicht, aber die Kommission habe das

Vorhandensein von Reservelagern für Offiziere und Unteroffiziere und die Vorbereitungen dazu festgestellt.

Die Zeilivwilligen würden gewöhnlich zuerst für zwei Monate eingegliedert, und ihre Ausbildung werde dann durch gewisse patriotische Vereine fortgesetzt. Dieses System sei 1923 geschaffen worden, und obgleich die deutsche Regierung es ableugne, habe die Kontrollkommission zahlreiche Beweise dafür er-

halten. Es sei jetzt noch in Funktion. Uebrigens hätten die Behörden alles getan, um die Luftklärung hierüber zu verhindern. Die Magazine seien für eine viel stärkere Armee, als für die Reichswehr ausgerüstet. Seit 1922 sei das Personal nicht wesentlich herabgesetzt worden. Was die Vorräte anbetreffe, so habe die Kommission zwar keine Ueberschüsse in den Magazinen gefunden, aber doch bei gewissen Einheiten. Sie habe die selbständigen Unterschiede zwischen dem Quantum der vorgeesehenen Rohmaterialien und der Zahl der fertigen Gegenstände erwidert. Z. B. in Königsberg hätte der Vergleich zwischen diesen beiden Ziffern ergeben, daß

bei jedem Mantel 42 Meter Stoff

hätten verbraucht werden müssen. Der Effektivbestand der Polizei betrage augenblicklich 180 000 Mann statt 150 000. Wenn man auch die Hilfspolizei aufgelöst habe, so sei der Grundlag ihres Fortbestehens in einzelnen Ländern selbsthalten, und bisweilen, wie in Thüringen, waren sogar budgetäre Maßnahmen für eventuelle Einberufung einer Hilfspolizei getroffen.

Die deutschen Behörden hätten alles getan, um den Bestand und die Tätigkeit der patriotischen Vereine zu verheimlichen.

Bei einem nicht angekündigten Besuch im Sennelager am 11. Dezember habe die Kommission die Anwesenheit von Mitgliedern der Vereinigung jungdeutscher Orden entdeckt, die einer militärischen Instruktion beigewohnt hätten.

### Kapitel III: Die Festungen.

Seit 1922 hätten die Küstenbefestigungen gewisse Veränderungen erfahren: neue Betonkonstruktionen, neue unterirdische elektrische Kabel sowie militärische Servituten seien eingerichtet worden. Es wäre jedoch unmöglich gewesen, angesichts der Obstruktion der deutschen Behörden, den Umfang der Veränderungen festzustellen.

Im September 1923, als die Kontrolle unterbrochen worden sei, seien die Befestigungen Deutschlands in fünf Rubriken eingeteilt worden. 1924 hatte die Kommission festzustellen, welche Fortschritte die Ausführung dieser Punkte gemacht habe.

Nach einer — schon aus der Note bekannten — Aufzählung dessen, was die deutsche Regierung nachzuholen habe, kommt der Bericht zu folgenden Schlüssen: Hinsichtlich Bewaffnung und sonstigem Kriegsmaterial scheint die militärische Stärke Deutschlands seit 1922 ungefähr die gleiche geblieben zu sein. Keine der zu jener Zeit festgestellten Befestigungen sei beseitigt worden. Die Punkte, in denen die militärische Macht Deutschlands eine ausgesprochene Verstärkung erkennen lasse, lägen auf dem Gebiete der Effektivebestände, der Rekrutierung und der militärischen Ausbildung sowie der gewissen Ausrüstungen und Befestigungen.

Zum Militärkontrollbericht wird von zuständiger Berliner Stelle betont, daß dieser Bericht schon im Januar verfaßt worden ist. Seitdem seien eine ganze Reihe Anstände abgestellt worden, sie stünden deshalb auch nicht mehr in der Rolle der Vorkontrollinstanz. Die Befugnisse der Obstruktion deutscher Behörden gegen die Generalinspektion sei schon dadurch widerlegt, daß zweitausend Kontrollbesuche vorgenommen wurden, ohne daß bekannt geworden sei, daß sie ihren Zweck nicht erreicht hätten. Allerdings sei das Austreten der Kontrolle von Woche zu Woche schroffer geworden, so daß man den Eindruck hatte, es werde ein Vorwand gesucht, um die Generalinspektion abbrechen zu können; wenn sie trotzdem bis zum Schluß durchgeführt worden ist, so sei das der beste Beweis gegen die behauptete Obstruktion.

Alle Dokumente, die die Kontrolle auf Grund der Berliner Bestimmungen anfordern konnte, sind ihr gezeigt worden. Sie verlangte aber das gesamte Aktenmaterial der Behörden, Regimenter usw. Dazu ist die Kontrolle nach dem Versailler Text nicht berechtigt und unter dem gesamten Aktenmaterial befinden sich auch private Familienangelegenheiten, die man Unberufenen nicht zur Kenntnis geben könne.

Der vom Bericht erwähnte Fall in Potsdam bezog sich nicht auf eine Stallung, sondern auf ein Gebäude neben einer Kaserne, in dem Privatpersonen wohnen. Da die Reichsregierung der Generalinspektion auch die Durchsuchung von

Privaträumen zugestanden hätte, geschah dies in jenem Hause. Ein Raum war verschlossen, die von der Kommission verlangte Aufbrechung wurde allerdings abgelehnt, weil der Bewohner nicht anwesend war. Es wurde keine Zurückdringung verlangt, und das Gebäude wurde bis zum Wiederkommen der Kontrolle von Kriminalpolizei bewacht, damit nichts weggeschafft werden könne. Die Kontrolle fand in dem Raum — einige alte Uniformen des Gardehufarenregiments, von denen sie dann selbst gestattete, daß sie in der üblichen Weise verwertet werden dürfen. Was die angebliche Wiederaufnahme der Waffen- und Munitionsherstellung anbelangt, so hat die I.R.R. das Recht in Anspruch genommen, den zur Heereslieferung von ihr zugelassenen Fabriken den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Fabrikation vorzuschreiben zu dürfen; wahrscheinlich wollte die I.R.R. das erst bei Ablauf der Kontrolle tun.

1923 waren die Reichswehrbestände auf 50 Proz. herabgesunken und es war in der damaligen bewegten Zeit notwendig, die Bestände aufzuwüllen. Es wurde also nach Mitteilung an die I.R.R. die Fabrikation in der vorgeschriebenen Weise wieder aufgenommen.

Die zuständige Stelle meint weiter, es sei nicht einzusehen, was die Einrichtung der Traditionskompagnie bei der Reichswehr mit verbotenen Rüstungen zu tun habe. Die Klage, daß die alte Landwehrorganisation noch bestehe, wird angesichts der Tatsache, daß diese Organisation schon vor 25 Jahren durch die Bezirkskommandos ersetzt worden ist, die wiederum sämtlich abgeschafft sind, soweit man sie nicht zu Versorgungsämtern umgewandelt hat, darauf zurückgeführt, daß die Kontrolle irgendwo auf dem Lande noch die alte in Schilder „Landwehrbezirk... Landwehrkompagnie...“ angetroffen habe.

In den Festungen sind lediglich Erhaltungsarbeiten vorgenommen worden, deren Ungefährlichkeit die Vorkontrollnote selbst dadurch zugibt, daß sie ausdrücklich sagt, sie können bestehen bleiben. — Die Forderung, daß nach der vollzogenen Aufhebung des Kriegszustandes auch die Ausführungsgehalte einzelner Länder dazu aufgehoben werden müßten, wird als erledigt erachtet, weil mit der Aufhebung eines Reichsgesetzes die dazu ergangenen Ausführungsgehalte auch erledigt seien. Die Kontrolle habe bei einigen bayerischen Behörden noch unvernünftige Pferdebestimmungen gefunden, aber diese Pferde seien wahrscheinlich längst in Frankreich und Rußland und in nicht lebendem Zustande.

Eine andere zuständige Stelle redet sich hinsichtlich des Kontrollberichts auf die Hoch- und Landesverratsprozesse gegen deutsche Zeitungen darauf hinaus, daß diese nicht erfolgt seien, weil die betreffenden Artikel Befestigungen gegen die Entwaffnungsvorschriften festgestellt, sondern weil sie stillschweigend oder ausdrücklich den Vorwurf erhoben hätten, die deutsche Regierung unterstütze solche Befestigungen. Danach habe auf Grund des Strafgesetzes Verurteilung erfolgen müssen. (?)

Schließlich wird zu dem Vorwurf, daß gewisse Gesetze noch nicht in Kraft seien, darauf hingewiesen, daß durch Reichsgesetz vom 26. Juni 1921 Fabrikation, Ein- und Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial genau geregelt ist. Einzelne Punkte dieses Gesetzes hat die Internationale Militärkontrollkommission beanstandet. Darüber wird seit langem verhandelt, und die Vorkontrollnote verlangt in diesem Punkt Weiterführung dieser Verhandlungen. Hiernach sei der Vorwurf des Kontrollberichts, die deutsche Regierung zeige schlechten Willen, mindestens eine sehr starke Ueber-treibung.

### Seelentest in China.

London, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik in China geht weiter und hat die Solidaritätserklärung der Seelente auf Umfang zugenommen. Die Matrosen von sechs englischen Dampfern traten am Montag in den Ausstand. Die japanischen Dampferlinien befürchten eine Stilllegung ihres Verkehrs und beabsichtigen, die chinesische Mannschaft durch japanische Seelente zu ersetzen.

kann diesen Begriff nicht haben. Es muß ihm fremd sein, daß die Kunst das Vollkommene darstellt gegenüber der Wirklichkeit. Der Schönheit eines Musikstückes geschieht daher seinen Begriffen nach durch ein paar Fehler nicht so sehr Abbruch, daß das Fehlerlose durchaus entzogen werden müßte, nachdem ein Stück in jeder Note bekanntgeworden und in all seinem Reuen und Amüsanten durchkoffert ist. Gerade bei lebhaften, aufnahmefähigen Kindern mit rocher Fantasie tritt Langeweile und Ueberdruß ein, wenn man ihre Lust, neues kennenzulernen, aufhält. Gewiß ist es die Aufgabe des Lehrers, die technischen Mittel so in die Hand zu geben, daß dabei keine Müdigkeit aufkommt, aber gekannt werden kann nur immer das Juridizierende, das nicht mehr Aktuelle, und nur das kann, wenn es wieder hervorgeholt wird, für technisches Können eine Probe sein. Bei dem Reuen aber üben Fantasie und Reue die Borrechte aus, und die kindliche Lust an der neuen Musik lebt nur so lange, bis das Reue erlebt ist. Liebt man an dieser Stelle aus erzieherischen Gründen einen Druck aus, so mag man möglicherweise Disziplin als Resultat erzielen, die Lust an der Musik aber wird zerstört. Ähnliches gilt für Zeiten der Anstalt, die auch bei begabten und lernerfüllten Kindern auftreten und deren Gründe nicht immer an der Oberfläche liegen. Vielleicht sind gerade andere Interessen in den Vordergrund getreten, vielleicht schließt ein Abschnitt des Kunstlebens heimlich ab. Alles Lernen verläuft mehr oder minder deutlich in diesem natürlichen Rhythmus von Lust und Unlust. Eine Zeilung mit den Musikstunden auszugehen, ist das beste Mittel, die Lust wieder aufzuwecken zu lassen.

Dies alles ist vom Kind gesprochen; der heranwachsende Mensch, dem der Begriff des Kunstwerks aufsteigt, schöpft seine Kraft, das Vollkommene darzustellen, aus tieferen Quellen. Die Musik hat einen festlichen Charakter. Musik hören, heißt die Schwere abschütteln und langfröh werden. Ich nenne die erste Aufgabe der Musikstunden bei Kindern die, ihnen die Lust für ihr Leben zur Freundin zu machen und dafür zu sorgen, daß sie ihnen immer festlich und froh bleibe.

Im Segelboot rings um die Welt. Ein Irländer namens Connor O'Brien hat vor zwei Jahren eine Weltreise angetreten, die auf Grund einer Wette in einem kleinen Segelboot von zwanzig Tonnen vor sich gehen sollte. Sein einziger Begleiter war ein junger Eingeborener von der Insel Tonga in Ozeanien. Die Reise begann in Kingstown in Irland. Gegenwärtig befindet sich O'Brien im Hafen von Foyal auf den Azoren und gedenkt Ende dieses Monats wieder in Kingstown einzutreffen. Wie er nach Dublin berichtete, hat er während der Reise schwer an den Augen gelitten. Während der Ueberfahrt von Bernambuco nach den Azoren war er fast blind. Obendrein war sein junger Gefährte einige Tage krank. Um die weite Reise fortsetzen zu können, mußte O'Brien in der Nacht Segel und Steuer allein bedienen, während der Kranke am Tage auf Kissen gebettet am Steuer saß und so ihm wenigstens einen Teil der Arbeit abnahm.

### Die Einigung Briand-Chamberlain.

Wißtstimmung und Vorbehalte in England.

Die Tatsache, daß eine Einigung zwischen den beiden Außenministern Englands und Frankreichs in Genf so schnell zustande gekommen ist, wird von der Londoner Presse mit gemischten Gefühlen aufgenommen, zumal die offiziellen französischen Kommentare die Sachlage so darstellen, als hätte Chamberlain in wesentlichen Punkten nachgegeben. Insbesondere vernimmt der „Daily Telegraph“ in der französischen Darstellung den Grundlag der völligen Gegenseitigkeit bei der Garantieung der deutschen Westgrenze durch England. Ferner fehle jeder Hinweis auf Italien, das von Deutschland ebenfalls aufgefordert worden sei, sich zum Garantiepakt zu äußern und das auf diese Anregung zustimmend geantwortet habe. Schließlich wünscht das Blatt eine sorgfältige Definierung des „unprovokeden Angriffes“, der Frankreich eventuell das Recht geben würde, in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes einzurücken. Die liberalen Blätter verhalten sich misstrauisch, ebenso der „Daily Express“, der grundsätzlich für eine Isolierungspolitik Großbritanniens eintritt und in der Genfer Vereinbarung eine „epochemachende Veränderung in der britischen Politik“ erblickt. Die „Times“ dagegen rühmend Deutschland gut zu, dem sowjetrussischen Druck nicht nachzugeben und dem französisch-englischen Vorschlag beizutreten, da auch deren östliche Modalitäten dem deutschen Vorschlag von Schiedsgerichtsverträgen entsprächen.

Die Pariser Presse ist über den Erfolg Briands sichtlich zufrieden, doch vermuten die nationalistischen Zeitungen, daß Deutschland es ablehnen werde, auf diesen Boden zu treten.

### Prag, nicht Magdeburg!

Ein tschechischer Richter, nicht ein Bewersdorff.

Wenn Bewersdorff über den Vorwurf zu richten hat, die deutsche Regierung bestreite aus „Landesverrätern“ und gehöre vor den Staatsgerichtshof, oder der deutsche Außenminister sei mit tschechischen Kronen bestochen, so ahndet er das mit 100 — einhundert — Reichsmark!

Ganz anders urteilen tschechische Richter. Wie aus Prag gemeldet wird, hatte sich am Montag dort ein tschechischer Richter vor Gericht wegen Beleidigung des deutschen Reichspräsidenten und des Deutschen Reichstages zu verantworten. Der Richter hatte in einer Versammlung den deutschen Reichspräsidenten einen „Schuft“ und den Deutschen Reichstag eine Quasellende geheißen. Der Staatsanwalt erhob gegen den Mann Anklage. Er wurde gestern zu 14 Tagen Arrest, verurteilt durch 2 Fasttage, verurteilt.

Der tschechische Richter soll die Absicht geäußert haben, nach Verlauf der vierzehn Tage nach Magdeburg auszuwandern, wo er in Zukunft bei Bewersdorff mehr Verständnis zu finden hofft. Das wird ihm aber auch nicht viel helfen, denn Bewersdorff ist bereits von den Deutschen als preußischer Justizminister in Aussicht genommen für den Fall, daß ihre junkerlich-preussischen Wünsche sich eines Tages erfüllen sollten.

### Krisenstimmung an der Börse.

Neue Kursrückgänge.

Die heutige Börse eröffnete ohne jegliche Anregung und in unsicherer Haltung. Die Tendenz neigte auf allen Gebieten leicht nach unten. Für die Bausektoren bestand daher, trotz des angeblich am Montanaktienmarkt vorhandenen Decouverts, kein Grund zu Deckungskäufen; man schritt vielmehr anfangs zu neuerlichen Abgaben. Der freie Verkehr in Vorkriegsperiodenbriefen war etwas lebhafter als bisher. Die Kurse neigten jedoch entsprechend der allgemeinen Börsenlage nach unten. Deutsche Erdöl waren infolge der Stilllegung der Mineralöwerke Roße anjangs stärker angeboten. Der Satz für tägliches Geld erfuhr mit 7 1/2 bis 9 1/2 Proz. eine Erleichterung. Monatsgeld 9 1/2 bis 11 1/2 Prozent. Am Devisenmarkt beobachtete man lebhaftere Interventionen zugunsten des französischen Franken, der dadurch gegen London eine erhebliche Befestigung auf 99,30 erfuhr. Die Diskonterhöhung in Italien blieb jedoch auf dem Vorkurs zunächst einflusslos. London in Mailand unverändert 122.

Levesitgas und Mannesmut. Die massigen Großkampfflugzeuge, die heute von den Siegermächten des Weltkrieges unter der Bezeichnung „Weltabstrüfung“ hergestellt werden, haben eine Durchschmittgeschwindigkeit von 450 Kilometer in der Stunde. Noch vor fünf Jahren hätte man eine solche Geschwindigkeit in das Reich der Fabel und Utopie verwiesen. Ein solches Flugzeug konnte etwa im Falle eines neuen deutsch-französischen Krieges schon innerhalb einer Stunde und zwanzig Minuten den erkrankten Berlinern die Befestigung des Kriegsausbruches bringen. Noch ehe die Flugblätter trocken sind, die das neue Stahlbad ankündigen, kann man eins von den Wissenschaftlern, die diese majestätischen Könige der Luft bekanntlich legen, zur Wahlzeit aufgestellt bekommen. Diese Bomben, die über einen Zentner wiegen und zu Dutzenden von solch einem Riesenvogel mitgeschleppt werden können, sind mit einem außerordentlich giftigen Gase gefüllt. „Die Wirkung der Levesitgasbomben ist so stark, daß in den großen Hauptstädten, auf die Bomben herabgeworfen werden, in kürzester Zeit jedes Leben vernichtet sein wird. Kein Keller wird die Bewohner schützen können, denn das Gas ist schwer und sinkt zu Boden. Auch die Wasserleitungen werden verpestet werden. Die Gase... haben einen entsetzlichen, qualvollen Tod zur Folge. Kein Schuttmittel wurde bisher gefunden.“

So lautet wörtlich der amtliche amerikanische Bericht. Die Ausflüchte für den nächsten fröhlichen Krieg sind also ungemein verlockend. Wir werden uns schon damit abfinden müssen, daß ein neuer Krieg sehr wenig mit Entwicklung von Schönenlinien, mit Bajonetangriffen und Entfaltung von persönlichem Mannesmut zu tun haben wird. Es braut heran und schwebt über uns wie eine Schicksalsmacht, wie der Schwarze Tod des Mittelalters. Man stirbt, unsinnigen, von Menschen entsetzten Kräften preisgegeben; man sinkt dahin wie eine vom Wüstenglutwind über-raschte Karawane. Was hilft da noch persönlicher Mut und körperliche Erleichterung? Der Typus des vorwärtsstürmenden Führers ist eine historische Erinnerung geworden: es gibt nichts mehr zu stürmen, keinen Gegner, denn man an die Reife springen kann. Was einst unter anderen Umständen „Tugend“ genannt werden konnte, ist heute Raub, Kinderspiel und Pose, die nur noch abern wirkt. Wer will denn ein Held sein im Kampfe gegen betäubende und vernichtende Gase?

Neue Naturschutzgebiete bei Berlin. Die offizielle Erklärung weiterer naturgeschichtlich wichtiger Gebiete zum Naturschutzgebiet steht in der näheren Umgebung von Berlin bevor. Sie dient nicht nur dem wissenschaftlichen Nutzen, sondern auch dem forstlichen Interesse, da durch die Erhaltung von Mooren und Sumpfgewässern die Bodenwasserbestände in den Berlin umgebenden Beständen günstig beeinflusst werden. Zur Durchführung solcher Bestrebungen sind im Benehmen mit den staatlichen Naturschutzstellen eine Reihe von größeren Gebieten auszuweisen worden, die von der forstlichen Bewirtschaftung ganz verlehnt bleiben. Daron liegen im Grunwald das Hundeflehen-Moor, das Riemmeißer-Luch, der Barfch, und Bocksee mit ihren Rändern, und in der Försterei Fahlberg bei Rahnsdorf die Krumme Laake.

Ein Glasbrenner-Abend mit dem Thema „Alles lustiges Berlin“ findet heute Abend 9 Uhr in der „Urania“ statt.

### Musikstunden.

Von einer Musiklehrerin.

Ich wende mich an alle Mütter, deren Kinder Musikstunden nehmen, und damit an einen großen Kreis. Denn fast jede Mutter läßt ihrem Kinde Musikstunden geben, wenn ihre Mittel es nur irgend zulassen. Sie tut es von dem Gedanken aus, daß zu einer guten Bildung auch Musikstunden gehören. Doch geht sie hierbei von einem falschen Begriff der Bildung aus. Denn Bildung ist kein Gefüge aus bestimmten Stoffen, von denen Musik oder Musikkenntnis notwendig einer ist, und auch kein Ding, das für Geld und ein bißchen guten Willen gleich zu haben ist. Sondern Bildung ist ein absolutes Können und Verstehen einer Sache oder einer Auswahl von Dingen, die zu dem betreffenden Menschen passen, für die er talentiert ist. Die Betonung liegt hierbei auf dem „absolut“ und dem wirklichen Verstehen, das sich eben ohne besondere Eignung zu einer Sache nicht erreichen läßt. Euer Kind, das gut handarbeiten macht oder zeichnet, ist nicht um einen Grad gebildeter, wenn es dazu noch schlecht Klavier spielt.

Und so sollen auch nur die musikalischen Kinder Musikstunden haben. Wenn ein Kind richtig singt, Melodien leicht behält und gern Musik hört, so kann es als musikalisch gelten. Wenn ein solches Kind den Wunsch ausdrückt, Musikstunden zu bekommen, so kann man mit Sicherheit annehmen, daß sein Interesse nicht so bald erlöschen wird. Gewiß können auch wenig musikalische Kinder eine große Neigung zur Musik und den brennenden Wunsch nach Musikstunden haben, doch würde ich im allgemeinen keines Musikstunden nehmen lassen, das nicht richtig singt. Es gibt wohl einen Weg, das Gehör und das rhythmische Empfinden in besonderem Unterricht zu entwickeln, und ich will den Wert der Aufgabe nicht unterschätzen, einem wenig musikalischen Menschen durch Entwicklung seiner Musikalität das Tonreich und die Fülle seines Genusses aufzuschließen. Doch dieser Weg ist kostspielig und mühevoll. Schulkinder haben wenig Zeit und für jeden Tag ein richtiges Programm aus Schule, Schularbeiten, Spazierengehen usw. Den wenigsten von ihnen bleiben jeden Tag ein paar Stunden zum vollen Leben für ihre Phantasie. Aber gerade in diesen Stunden wachsen alle schulummernden Fähigkeiten, und ich glaube nicht, daß man mehr gibt als nimmt, wenn man diese Stunden zugunsten einer allein musikalischen Ausbildung vertüßt.

Wenn die Kinder nun eine Zeitlang Musikstunden haben, so müssen sie etwas vorpielen, um zu zeigen, was sie können. Es kommt nur darauf an, daß sie ein paar Stücke mit recht viel Klingklang und der dazu nötigen Fertigkeit festhaken vortragen. Können sie das nicht, so haben sie keine Fortschritte gemacht, woran notwendig entweder die Kinder oder die Lehrer die Schuld tragen müssen. Jedem Kinde fehlt der Begriff des Kunstwerks, und es



# Großkampf in der Holzindustrie.

„Austritt aus dem Verbands - oder Aussperrung!“

Der „Vorwärts“ hat am Sonntag eine W.B.-Nachricht veröffentlicht, die vom Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie inspiriert, „Arbeitskämpfe von größerem Umfang“ in Aussicht stellt. Um die Bedeutung dieser Nachricht richtig zu würdigen, ist es notwendig, sich über die tarifvertraglichen Verhältnisse der Holzindustrie zu orientieren.

Nach langjährigen Bemühungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist es im Jahre 1920 gelungen, die vielen im Holzgewerbe bis dahin bestehenden örtlichen Tarifverträge in einen „Reichstarifvertrag“ zusammenzufassen, der mit dem Arbeitgeberverband, dem Vorläufer des jetzigen Arbeitgeberverbandes, abgeschlossen wurde. Beim Ablauf des Reichstarifvertrages hatte diese Organisation mit einer Reihe anderer Unternehmerverbände, die in der Holzindustrie sehr zahlreich sind, vereinbart, und sie verlangte nun an Stelle der reichszentralen die bezirkliche Lohnbildung. Das wurde zugestanden, und im Jahre 1921 wurde der „Reichsmantelvertrag“ abgeschlossen, der nach Überwindung des Widerstandes verschiedener Bezirksorganisationen der Unternehmer (auch in Berlin ist damals ein umfangreicher Kampf geführt worden) im ganzen Reich durchgeführt und dann für allgemeiner verbindlich erklärt wurde.

Am 15. Februar 1924 lief dieser Vertrag ab. Nach langen Verhandlungen, in deren Verlauf dem Arbeitgeberverband seine bisherigen Verbündeten allmählich abgefallen waren, wurde ein neuer Mantelvertrag vereinbart. Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes lehnte aber diesen Vertrag ab, und einige Monate später wiederholte sich dieses Spiel.

Damit war eine zentrale Vertragsvereinbarung gescheitert. Der Deutsche Holzarbeiterverband unternahm es nun, den Inhalt des abgelehnten Vertrages zur Anerkennung zu bringen. Zum Teil nach Überwindung des heftigsten Widerstandes der Unternehmer wurden Reichstarifverträge im ganzen Reich, insgesamt etwa 20, abgeschlossen, die sich inhaltlich mit dem abgelehnten zentralen Mantelvertrag decken. Vertragskontrahenten sind hierbei die Bezirksverbände des Arbeitgeberverbandes, teils allein, teils in Verbindung mit anderen Unternehmerorganisationen. Neben diesen Verträgen, die meist bis zum 15. Februar 1926 laufen, werden kurzfristige Lohnabkommen getroffen, oft in friedlicher Verständigung, während es in zahlreichen Fällen aber auch hierbei zu Streiks und Aussperrungen kommt. Derartige Kämpfe schweben zurzeit in Schlesien, im Bezirk Hamburg und in Kassel.

## Nun plant der Arbeitgeberverband eine neue Aktion.

Nachdem er sich im Frühjahr einen neuen Vorstand gewählt hat, ist er auf seine alte Liebe, der zentralen Regelung der gesamten Arbeitsbedingungen, zurückgekommen. Vor allem will er jetzt die Löhne zentral regeln. Natürlich ist es ihm hierbei hauptsächlich darum zu tun, die Löhne niedrig zu halten. Dieses Ziel glaubt er am leichtesten zu erreichen, indem er den Holzarbeiterverband durch den gleichzeitigen Ablauf aller Lohnabkommen unter Druck setzt. Zu dem Zweck war in einigen Bezirken die Verhandlung über die Erneuerung des abgelaufenen Abkommens hinausgezögert worden, und andere Abkommen wurden vorzeitig gekündigt. Aber nicht nur über die abgelaufenen und gekündigten, sondern auch über die ungekündigten Abkommen sollte gleichzeitig am gleichen Ort verhandelt werden.

Um das zu erreichen, haben die Bezirksorganisationen des Arbeitgeberverbandes ihrem Zentralvorstand Vollmacht erteilt. Auf diese Vollmacht wurde bei den Besprechungen mit den Arbeitervertretern sehr stark gepocht und darauf hingewiesen, daß es nicht mehr sei wie früher, wo die zentralen Verhandlungen sehr oft stockten, weil der Vorstand des Arbeitgeberverbandes keine genügenden Vollmachten hatte. Dieses Spiel mit der Vollmacht war aber nur Theater, um die Dezentralität irrezuführen. In Wirklichkeit hat die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes, die am 13. Mai in Weimar getagt hat,

## einen vollständigen Kriegsplan beschlossen.

Der Vorstand wurde „bevollmächtigt“, für alle Bezirke zu verhandeln und Sperrmaßnahmen zu vereinbaren, die von der Generalversammlung genau begrenzt wurden. Wenn dieses Ziel nicht zu erreichen ist, war der Vorstand des Arbeitgeberverbandes verpflichtet, die Verhandlungen abzubrechen. Aufgabe der Vertreter des Arbeitgeberverbandes war es, während der

Dauer der Verhandlungen dessen Ziele nach Möglichkeit zu verschleiern.

Bei den Verhandlungen, die vom 4. bis 6. Juni in Berlin geführt wurden, mußten die Unternehmer auf Verlangen der Arbeitervertreter die Bezirke von der Beratung ausschließen, in denen das Lohnabkommen nicht gekündigt ist. Des weiteren mußten die Bezirke ausschließen, in denen der Arbeitgeberverband nicht der alleinige Vertragspartner auf Unternehmerseite ist. Hierzu gehört u. a. Berlin, wo die „Freie Vereinigung der Holzindustriellen“ wohl dem Arbeitgeberverband angeschlossen ist, aber sich in grimmiger Feindschaft mit den unter der Leitung des Obermeisters Paetz stehenden „Vereinigten Verbände“ befindet.

In zweitägigen Beratungen wurden eine Reihe von Vorfällen erledigt, auf die hier einzugehen zu weit führen würde. Hierbei war es den Unternehmern nicht möglich gewesen, die ihnen von ihren Auftraggebern übertragene „Vollmacht“ zu erfüllen. Sie waren also verpflichtet, die Verhandlung aufzuliegen zu lassen; da aber bei den Vorfällen die Arbeitervertreter lediglich die Anerkennung der geltenden Verträge verlangten, war es den Unternehmern schwer, einen geeigneten Vorwand zu finden.

Schließlich rückten die Unternehmer mit ihren Lohnangeboten heraus, wie sie auf der Generalversammlung in Weimar beschlossen waren. Praktisch bedeuteten sie unzulängliche Lohnhöhungen in einigen Bezirken, für andere wurden solche überhaupt abgelehnt, und für einige Bezirke war sogar ein Lohnabbau vorgesehen mit dem Verlangen der Bindung bis zum 15. November. Von hohen Forderungen, die den Unternehmern schon länger übermittelte waren, und Gegenforderungen vor, so daß das Verhandlungsgeschäft hätte beginnen können. Da plazierte die Unternehmer mit der wohlüberlegten Erklärung heraus, daß sie jede weitere Verhandlung ablehnen, weil die Arbeiter von ihren Forderungen nicht heruntergehen.

Das ganze Verhandlungsangebot und die mehrtägige Verhandlung war nichts wie eine Finte der Unternehmer. Es war nicht ehrlich gemeint, sondern nur eine Kullisse, hinter der sich

## die Vorbereitung des Nachkampfes

verbarg. Daß dieser von langer Hand vorbereitet war, zeigt die Fassung des eingangs erwähnten Wolff-Telegramms, das zeigt auch das Verhalten der Unternehmer in den einzelnen Bezirken. Nach vorliegenden Nachrichten lehnen die Unternehmer die Aufnahme von Verhandlungen in den Bezirken ab, weil ihnen ihr Vorstand die erteilte „Vollmacht“ noch nicht zurückgegeben habe. Hierbei werden auch „dunkle“ Andeutungen über die Auswirkung der gefassten Beschlüsse gemacht, die natürlich für die Kenner durchaus nicht dunkel sind.

Wir stehen jetzt direkt vor dem Ausbruch gewaltiger Kämpfe in der deutschen Holzindustrie. Der Deutsche Holzarbeiterverband ist aber eine kampfgewohnte Organisation. Es wäre nicht das erstemal, daß die Unternehmer es versuchen, durch eine Aussperrung den Holzarbeitern ihren Willen aufzuzwingen. Im Jahre 1907 hat Kahardt eine solche große Wachtprobe unternommen, und er ist dabei unterlegen; seine minder qualifizierten Nachfahren werden die gleichen Erfahrungen machen müssen.

## Die Aussperrung in der Holzindustrie beginnt.

Der Landesverband Brandenburg des Arbeitgeberverbandes hat, nachdem die Unternehmer am 6. Juni die zentralen Verhandlungen abgebrochen hatten, noch am gleichen Tage ein vorbereitetes Rundschreiben herausgegeben, in welchem es heißt:

Zwecks geschlossener Abwehr der nachfolgenden, sich kurz wiederholenden Forderungen der Holzarbeiter hat unser Spitzenverband die restlose Aussperrung aller Holzarbeiter des Deutschen Reiches bis zum Sonnabend, den 13. Juni, bei Arbeitsluß beschlossen.

Alle Arbeiter, die dem Holzarbeiterverband nicht angehören und dies unterschriftlich bescheinigt haben oder noch bescheinigen, werden mit voller Arbeitszeit weiter beschäftigt.

Gleichzeitig wurden die Unternehmer angewiesen, den Arbeitern einen Revers zur Unterschrift vorzulegen, durch den diese sich verpflichten, aus dem Deutschen Holzarbeiterverband auszutreten und seiner anderen Organisation beizutreten.

## Der Hafenarbeiterstreik in Duisburg.

Köln, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Streik der Duisburger Hafenarbeiter wird uns gemeldet: Die Unternehmer haben zahlreiche im Duisburger Hafen liegende Schiffe nach Köln beordert. Auf diesem Wege soll der Kampf der Arbeiterschaft ergebnislos gemacht werden. Der Deutsche Verkehrsverband wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Zumutung der Unternehmer, die Kölnener Hafenarbeiter als Streikbrecher und Verräter verwenden zu können. Die Schiffe sind angewiesen, dem „Befehl“ der Unternehmer auf keinen Fall Folge zu leisten, auch dann nicht, wenn dadurch der Arbeiterkampf auf das Kölner Wirtschaftsgebiet übergreifen würde.

Duisburg, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die in Dortmund und unter Vorsitz des Reichskommissars Rehdick stattgefundenen Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts in dem Duisburg-Ruhrort-Hafen sind gescheitert. Hiernach schlug der Reichskommissar den Arbeitnehmern vor, eine Abstimmung herbeizuführen, daß bis zum 15. Juni ein Friedenszustand eintreten soll. Bis dahin sollte versucht werden, den Lohnstarif unter Dach und Fach zu bringen. Die Abstimmung über diesen Vorschlag wird heute, Dienstag, nachmittags erfolgen. Nach Mitteilung von Arbeitnehmerseite ist mit einmütiger Ablehnung dieses Vorschlages und verstärkter Fortsetzung des Hafenarbeiterstreiks bestimmt zu rechnen.

Duisburg, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Durch die neue Lohnbewegung der Ripparbeiter hat die Lage in Duisburg-Ruhrort-Hafen eine Verschärfung erfahren. Die Ripparbeiter drohen für den Fall, daß ihre Forderungen nicht bewilligt werden, mit Streik. Infolge Arbeitsniederlegung der Ripper würde der gesamte Verkehr im größten Innenhafen der Welt stillgelegt werden. Verhandlungen zwischen den verschiedenen Bezirksleitungen des Transportarbeiterverbandes, durch ein solidarisches Vorgehen den Streik der Duisburg-Ruhrort-Hafenarbeiter zu unterstützen, sind im Gange. Somit ist mit der Gefahr eines Übergreifens der Streiktaktion auf andere Hafenplätze zu rechnen.

## Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 9. Juni. (W.B.) Die Internationale Arbeitskonferenz stimmte mit einigen Änderungen zwei Entwürfen zum Konventionsentwurf über die Entschädigung bei Arbeitsunfällen zu, und zwar betreffend die Mindestentschädigung für Berufsglücke oder Entschädigungsberechtigte sowie betreffend die Entschädigung in Streitfällen hinsichtlich der Entschädigungsauszahlung überwiegen.

Ferner wurde angenommen und dem Ausschuss zugewiesen der Konventionsentwurf über die Berufskrankheiten und damit zusammenhängende Empfehlungen und Resolutionen. Der Konventionsentwurf über die Nachtarbeit in Bäckereien wurde in der Schlussabstimmung mit 81:26 Stimmen angenommen.

Sodann hörte die Konferenz einen Bericht der Kommission für die allgemeinen Probleme der sozialen Versicherungen. Die Kommission beantragte eine Resolution, in welcher u. a. der Verwaltungsrat des Arbeitsamts ersucht wird, die Frage der Krankenversicherung der Arbeiter sowie die Frage betreffend Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung auf die Tagesordnung der nächsten Jahrestagung der Konferenz zu setzen.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Große Warenposten in guter Qualität hat das bekannte Schuh-Fabrikat Behrmdt, Münchstraße 24, mit seinen Filialen Kottbusser Damm 13 und Frankfurter Allee 54 wieder herbeigekommen. Diese werden der Groß-Verliner Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen angeboten. Ein Beispiel der enormen Leistungsabgabe dieser Firma zeigt das heutige Inserat.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill; Wirtschaft: Wilkus Salernus; Gemeindefortschritt: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Kurrat; Anzeigen: Th. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Eiser u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

<h3>Anf. Teilzahlung</h3> <p>Herrn-Knaben-Garderobe <b>Gummi-Mäntel</b> f. Damen Geringe Wochen- oder Monatsraten Bettwäsche, Gardinen, Teppiche, Korbmöbel, Metallbetten Antel. Gr. Frankfurter Str. 34 Straußer Platz Gegründet 1901</p>	<h3>Korbmöbel</h3>  <p>Eigene Herstellung in gediegenen Ausführungen kauf. Sie bei gr. Auswahl vorzuziehen u. billig im Spezial-Korbmöbelhaus <b>Edmund Voß</b> Hankeln, Berliner Str. 14 Nähelermannplatz Teleph. Hankeln 2264, Zahlungs-erleichterung</p>
--	--

# REKLAME-TAGE

## im Schuh-Lokal Behrmdt

Herren-Halbschuhe 9<sup>80</sup> Münzstraße 25 • Kottbusser Damm 13 • Frankfurter Allee 54

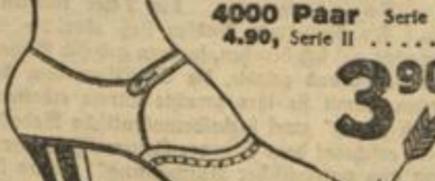
Echt Chev., mit grau Leder-eins., Rand weiß ged.



**12<sup>80</sup>**

Infolge des großen Andranges zu Pfingsten konnte ein großer Teil unserer Kunden nicht, oder nicht mit der genügenden Sorgfalt bedient werden. Unsere Läger sind wieder aufgefüllt. Wir bringen **ZUR JETZIGEN REISEZEIT** ganz besonders günstige Angebote in guter Ware

Neu eingetroffen  
4000 Paar Serie I  
4.90, Serie II . . . . .



**3<sup>90</sup>**

**Braune Herren-Halbschuhe** grau Einsatz . . . . . **13<sup>90</sup>**

**Braune la. Rindl. Sandal.**  
2 x weiß gedopp. mit durchgeh. Doppelsohle, 25-26 4.45, 27-30 4.95, 31-35 5.95, 36-42 7.45, 43-46 7.95, 23-26 **3<sup>95</sup>**

**3000 Paar weiße Damen-Leinenschuhe**, Sponge, Schnür, u. Pumps, mod. Formen, gutes Fabrikat, gute Ledersohlen. **2.90, 3.90, 4.90**

**Affenhaut- und Pfirsichhaut-Schuhe** (Wildleder imit.) Schnür, Spange u. Pumps, grau, braun und schwarz, eleganter Strahlen- und Strand-Schuh, gute Ledersohlen, mod. Formen **1<sup>95</sup>**

**Herren-Stiefel** echt Rindbox, moderne Form . . . . . **6<sup>90</sup>**

**Turnschuhe** mit guter Ledersohle, bekanntes Fabrikat, 27-30 2.45, 31-35 2.55, 36-42 2.95, 22-26 . . . . . **1<sup>95</sup>**

**Orig. Goodyear Welt** Damen-Halbschuhe, braun und schwarz Doxiall und R'Chevreau, sehr gutes Fabrikat, mod. Form, Gr. 35-38, durchweg **8<sup>90</sup>**

**Braune u. schw. Damen-Spangenschuhe** in Boxkalf-Chevreau u. R'Chevreau, echiL-XV, Absatz u. halbhöher amer. Absatz, mod. Formen, gutes Material . . . . . **9<sup>80</sup>**

**Kräftiger Arbeitsstiefel** braun Spallleder . . . . . **5<sup>90</sup>**

**Turnschuhe** mit angegossener Gummisohle, gutes Fabrikat, vorschritt-mäßig, 27-30 2.95, 31-35 3.50, 36-42 3.25, 43-45 4.45, 22-26 . . . . . **1<sup>95</sup>**

**Braune Nubuck Spangenschuhe** mit braun, Lock Verzierungen, hochlegant, die große Mode, sow. br. Boxkalf Spangensch. **13<sup>90</sup>**

**Mod. Lackspangenschuhe** echt L-XV, Abs., Sandalekünstl. sowie halbhöher Absatz, m. 1. Spange, sehr modern und schön . . . . . **11<sup>90</sup>**

**Braune u. schw. Herren-Stiefel** in verschied. gut. Ausföhr. u. Leders, mod. Form. 11.90, 14.80, 16.80 **10<sup>90</sup>**

**Tennisschuhe**, weiß mit Creppgummisohle, Sorte I Damen 5.90, Herren 6.90, Sorte II Herren . 5.90 **4<sup>90</sup>**

**Damen-Spangen- und -Schnürschuhe** echt R'Chevreau und Chevreau . . . . . **5<sup>90</sup>**

**Modernes Spangenschuh** mit grau Velour-Ledertreppen, französischer Absatz **10<sup>90</sup>**

**Über 150 Sorten verschiedene Modelle**

**Braun. u. schwarz. Kinder-Stiefel, Halbsch. u. Spangensch.** in guter Qualität, breite naturgemäße Formen. 31-35 6.90, 27-30 . . . . . **5<sup>90</sup>**

**Braune u. schwarze Halbschuhe** echt Chevreau, Boxind und Cromleder, moderne Formen . . 7.90 **6<sup>90</sup>**

**ausch Schnürschuhe**

**Herren-Halbschuhe** in blond Chevreau, braun Lack etc. etc.

**Kinder-Lackspangen-Schuhe** sowie braun, beige und grün u. Halbschuhe in großer Auswahl b. Hg

**Damen-Haus-Spangenschuhe** Leder und Stoff . . . . . **2<sup>85</sup>**

**Entzückende Dirndlstoff-Hauschuhe** für Damen 1.25 für Kinder . . . . . **1<sup>15</sup>**

**Reförmschuhe** zum Wandern u. Sport, Rand weiß-gedoppelt, sehr halbh. für Herren 11.90, für Damen . . . . . **10<sup>90</sup>**

**Entzückende Dirndlstoff-Hauschuhe** für Damen 1.25 für Kinder . . . . . **1<sup>15</sup>**

**ausch Schnürschuhe**